Kirchen und Religionsgemeinschaften

Matthias Belafi

„Der Papst ist kein Linker, aber er spricht wie ein Linker", erklärte Alexis Tsipras, nachdem er am 18. September 2014 von Papst Franziskus empfangen worden war.[1] Gerade weil der Vorsitzende der Linkspartei Syriza als europäischer Politschreck galt, kam dem Treffen eine besondere Bedeutung zu. Dieser Versuch eines Schulterschlusses überraschte, da Syriza für eine konsequente Trennung von Staat und Kirche eintritt. Tsipras legte auch seinen Amtseid als Ministerpräsident am 26. Januar 2015 nicht wie üblich vor kirchlichen Würdenträgern auf die Bibel, sondern vor dem Staatspräsidenten auf die Verfassung ab.

Griechenland und die Eurokrise

Tsipras weiß den religiösen Faktor in der Politik trotzdem zu nutzen: Inmitten der Verhandlungen mit der Europäischen Union über weitere Finanzhilfen besuchte er vor dem Osterfest den russischen Präsidenten Wladimir Putin sowie das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche. Bei den Begegnungen wurden symbolhaft die gemeinsamen orthodoxen Wurzeln und die „spirituellen" Beziehungen der Länder betont.[2] EU-Parlamentspräsident Martin Schulz brachte die orthodoxe Verbundenheit mit einer Präferenz für die „gelenkte Demokratie" Putins in Verbindung, was zu Protesten der orthodoxen Bischöfe in Deutschland führte, die sich gegen den Vorwurf der Unvereinbarkeit von Orthodoxie und Demokratie wandten.[3] Die orthodoxe und katholische Prägung der Krisenstaaten und die protestantischen Wurzeln im stabilen Norden beförderten auch die Debatte um eine konfessionelle Dimension der Eurokrise.[4] Nicht zuletzt machte eine deutsche Studie bei Protestanten eine kritischere Haltung zum Euro aus als bei Katholiken.[5] In der Diskussion um die Staatsfinanzen Griechenlands stand häufig das Vermögen der Griechisch-Orthodoxen Kirche im Mittelpunkt. Das Kirchenoberhaupt Hieronymos II. bot dem griechischen Staat Erlöse aus Kirchenbesitz an.[6] Zudem leistet die griechische Kirche trotz ihrer ambivalenten politischen Rolle nach wie vor immense soziale Unterstützung für Betroffene.[7]

---

1 Peter Mayr: Alexis Tsipras: „Der Papst ist kein Linker, aber er spricht wie einer", in: Der Standard, 19.9.2014.

2 Julian Hans: Tsipras rügt Sanktionen gegen Moskau, in: Süddeutsche Zeitung, 9.4.2015; Kathpress: Putin schenkte Tsipras verschwundene Ikone aus Sparta, 21.4.2015, abrufbar unter: http://www.kathweb.at/site/nachrichten/database/69294.html (letzter Zugriff: 7.9.2015).

3 Kathpress: Orthodoxe Kritik am Athener Interview von EU-Parlamentspräsident, 13.3.2015, abrufbar unter: http://www.kathweb.at/site/nachrichten/database/68460.html (letzter Zugriff: 7.9.2015).

4 Andreas Zielcke: Können Katholiken rechnen?, in: Süddeutsche Zeitung, 31.7.2015.

5 Adrian Chadi/Matthias Krapf: The Protestant Fiscal Ethic: Religious Confession and Euro Skepticism in Germany, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: SOEPpapers 754/2015; Zu Konfession und Europaeinstellung: Sergei A. Mudrov: Religion and the European Union: Attitudes of Catholic and Protestant Churches toward European Integration, in: Journal of Church and State, 3/2014, S. 507-528; Margarete Scherer: The religious context in explaining public support for the European Union, in: Journal of Common Market Studies, 4/2015, S. 893-909.

6 Kathpress: Athen: Landeskirche bietet Staat gesamtes Vermögen an, 14.4.2015, abrufbar unter: http://www.kathweb.at/site/nachrichten/database/69125.html (letzter Zugriff: 7.9.2015).

7 Philip Plickert: Die verschämte Armut in Griechenland, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.4.2015.

Papst Franziskus im Europäischen Parlament

Als zweiter Papst nach Johannes Paul II. (1989) besuchte Franziskus am 25. November 2014 das Europaparlament und hielt im Plenum eine Ansprache. Bisher war der Papst in keinen Mitgliedstaat der Union gereist. Die Abgeordneten rief Franziskus auf, ein Europa zu bauen, das sich nicht nur um die Wirtschaft drehe, sondern den Menschen in den Mittelpunkt stelle. Oftmals gleiche Europa zwar einer müden, nicht mehr fruchtbaren Großmutter. Angesichts der prägenden Kraft Europas in der Geschichte solle sich der Kontinent aber seines wichtigen Beitrags bewusst und gestaltend tätig werden. Zudem warnte der Papst mit Blick auf die Flüchtlingspolitik, das Mittelmeer dürfe nicht „zu einem großen Friedhof" werden. Im Parlament blieben trotz einer Gegenveranstaltung eines französischen Sozialisten nur wenige Abgeordnete der Rede fern. In Straßburg sprach der Papst zudem vor dem Europarat.[8]

Der Dialog mit den Kirchen unter der neuen Europäischen Kommission

Die neue Kommission entwickelt die Formate des Dialogs mit den Kirchen fort, die Präsident José Manuel Barroso etabliert hat. Das bisher auch für den Dialog zuständige Beratergremium für europäische Politik (BEPA) wurde von Jean-Claude Juncker aufgelöst und die Nachfolgeeinrichtung, das Europäische Zentrum für politische Strategie (EPSC), ist nicht mehr für den Dialog verantwortlich. In der Kommission liegt die Zuständigkeit für den Dialog nun beim Ersten Vizepräsidenten Frans Timmermans und in der Generaldirektion „Justiz und Verbraucher".[9] Das jährliche „High Level Religious Leaders Meeting" wurde erst nach den Anschlägen vom 7. Januar 2015 in Paris wieder aufgenommen. Folglich fanden am 16. Juni 2015 ein Treffen Timmermans und des Vizepräsidenten des Europaparlaments, Antonio Tajani, mit Religionsvertretern und am 2. Juni 2015 mit Weltanschauungsgemeinschaften zum Thema „Zusammenleben und mit Meinungsverschiedenheiten positiv umgehen" statt.[10] Trotz Vorbehalte der Dialogpartner und entgegen der bisherigen Tradition bevorzugt Timmermans eine gemeinsame Dialogveranstaltung mit Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Das Europäische Parlament hingegen führte am 24. März 2015 zum ersten Mal den Dialog mit den Religionsgemeinschaften getrennt vom Dialog mit den Weltanschauungsgemeinschaften durch.[11] Dabei zeigt sich ein problematisches Verständnis der EU-Institutionen von Religion und Dialog: Sie scheinen Religion eher als Ursache von Problemen wahrzunehmen und den Dialog als religionspolitisches Instrument gesellschaftlicher Befriedung zu verstehen sowie sich selbst in der Rolle des Organisators eines interreligiösen Dialogs zu sehen.[12] Die EU-Verträge

8 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Franziskus: Mittelmeer darf kein Friedhof werden, 26.11.2014; Papst Franziskus: Europa, wach auf! Die Straßburger Reden des Papstes, Freiburg 2014.

9 Matthias Belafi: Neue Kommission, neuer Dialog? Zu den Entwicklungen des Dialogs zwischen der Europäischen Union und den Kirchen nach der Europawahl 2014, in: EKD-Europa-Informationen, 148/2015, S. 5-6.

10 Europäische Kommission: Pressemitteilung. Kommission diskutiert mit Religionsvertretern über das Thema „Zusammenleben und mit Meinungsverschiedenheiten positiv umgehen", 16. Juni 2015; Europäische Kommission: Pressemitteilung. Kommission diskutiert mit Vertretern weltanschaulicher Gemeinschaften über das Thema „Zusammenleben und mit Meinungsverschiedenheiten positiv umgehen", 2. Juni 2015.

11 Europäisches Parlament: Inter-religious dialogue: the way to defeat extremism, 24.3.2015, abrufbar unter: http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20150324IPR37224 (letzter Zugriff: 7.9.2015).

12 Diesen Eindruck vermittelt zum Beispiel Magdalena Pasikowska: The EU institutions and inter-religious dialogue, März 2015, Wissenschaftlicher Dienst des Europäisches Parlaments.

sehen jedoch einen Dialog der Union mit den Religionsgemeinschaften vor, nicht die Organisation eines Dialogs zwischen den Religionen. Fraglich bleibt angesichts der geänderten Ressourcen die Zukunft der Dialogseminare zwischen der Kommission und den Kirchen. Die Treffen der christlichen Kirchen mit den Ratspräsidentschaften fanden in gewohnter Weise statt.[13] Im Parlament wurde eine „Intergroup" zu Religionsfreiheit und religiöser Toleranz gegründet.[14]

Flüchtlingsströme nach Europa

Die Zunahme der Flüchtlinge nach Europa und die schwierigen Fluchtbedingungen haben zu schweren Unglücken auf den Fluchtrouten und zu Problemen in den Aufnahmeländern geführt. Als allein im April 2015 weit mehr als 1000 Flüchtlinge ertranken, kritisierten die Kirchen die Europäische Union, sich zu wenig für die Rettung von Flüchtlingen zu engagieren, und forderten, einen stärkeren Schwerpunkt auf die Rettung von Menschenleben zu legen, legale Zugangswege nach Europa zu eröffnen und die Fluchtursachen stärker zu bekämpfen.[15] Die religiöse Problematik trat auch zwischen den Flüchtlingen zu Tage, als im April 2015 muslimische Flüchtlinge auf dem Mittelmeer Christen über Bord warfen.[16] Religiöse Konflikte setzen sich auch auf den Flüchtlingsrouten nach Europa fort.

Die europäische Dimension nationaler Entscheidungen

Das inzwischen beachtliche Maß an europäischer Öffentlichkeit zeigt sich auch darin, wie sehr nationale Wertentscheidungen die Debatten in anderen Ländern beeinflussen. So führte das Referendum, mit dem Irland am 22. Mai 2015 die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare beschloss, europaweit zu ähnlichen Diskussionen, an denen die Kirchen beteiligt waren.[17] In der Slowakei versuchte eine Initiative mit Unterstützung der katholischen Kirche, mit einem Referendum die Ehe als Partnerschaft zwischen Mann und Frau festschreiben zu lassen, scheiterte jedoch an der erforderlichen Beteiligung.[18]

Die Anschläge um „Charlie Hebdo" vom 7. Januar 2015 in Paris trafen auch einen jüdischen Supermarkt. Dies warf die Frage nach der Sicherheit jüdischer Bürger in Frankreich und ganz Europa auf. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu rief die Juden

13 Konferenz Europäischer Kirchen (KEK)/Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (ComECE): Churches meet with Italian EU Presidency, 19.12.2014, abrufbar unter: http://www.cceeurope.org/index.php?id=1777 (letzter Zugriff: 7.9.2015); KEK/ComECE: Meeting between Latvian EU Presidency & Church Representatives, 16.1.2015, abrufbar unter: http://www.ceceurope.org/index.php?id=1780 (letzter Zugriff: 7.9.2015).

14 European Parliament Intergroup on Freedom of Religion or Belief and Relgious Tolerance, abrufbar unter: http://www.religiousfreedom.eu; Cornelis de Jong: The Contribution of the European Parliament to the Protection of Freedom of Religion or Belief through the External Relations of the European Union, in: Malcolm D. Evans/Peter Petkoff/Julian Rivers (Hrsg.): The Changing Nature of Religious Rights Under International Law, Oxford 2015, S. 164-184.

15 KEK: Churches mourn loss of life on Mediterranean, call for preventative action, 20.4.2015, abrufbar unter: http://www.ceceurope.org/index.php?id=1801 (letzter Zugriff: 7.9.2015); ComECE: „Das Handeln der Europäer wird zu einem Lackmustest für die europäischen Werte.", 21.4.2015, abrufbar unter: http://www.comece.eu/site/de/unserearbeit/pressemeldungen/2015/article/8609.html (letzter Zugriff: 29.10.2015); Frankfurter Allgemeine Zeitung: Vatikan kritisiert EU, 27.4.2015.

16 Hans-Jürgen Schlamp: Gewalttat auf dem Mittelmeer: Glaubenskrieg im Flüchtlingsboot, in: Spiegel Online, 17.4.2015.

17 Burkhard Jürgens: Irland: Ein Referendum schlägt Wellen, in: Herder Korrespondenz, 7/2015, S. 337-338. Das Ergebnis führte nicht nur zu einer Debatte in Deutschland, sondern auch in Italien. Für Italien siehe Jörg Bremer: Wen stört es wirklich?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.6.2015.

18 Karl-Peter Schwarz: Mobilisierte Minderheit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.2.2015.

in Europa auf, nach Israel auszuwandern.[19] Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident François Hollande sicherten hingegen den jüdischen Bürgern Schutz zu, wie auch die Europäische Kommission der Verunsicherung entgegentrat.[20] Tatsächlich hat sich aber die jüdische Auswanderung von Frankreich nach Israel innerhalb eines Jahres verdreifacht. Demgegenüber steht eine deutliche Zunahme antisemitischer Straftaten.[21] Auch christliche Kirchen mussten unter Polizeischutz gestellt werden, nachdem mehrere islamistische Anschläge vereitelt wurden. Trotz des laizistischen Charakters Frankreichs verkündete Ministerpräsident Manuel Valls: „Sich an einer Kirche zu vergehen, das bedeutet, sich an einem Symbol Frankreichs zu vergehen."[22] Sowohl in Luxemburg[23] als auch in Liechtenstein[24] wird eine stärkere Trennung von Staat und Kirche angestrebt. Auf große Aufmerksamkeit stieß im Februar 2015 die Reform des bereits aus dem Jahre 1912 stammenden Islamgesetzes in Österreich, die eine ausländische Finanzierung von Imamen untersagt.[25] Mit den Entwicklungen bestätigt sich der europäische Trend hin zu einer Kooperation von Kirche und Staat und einer Gleichbehandlung aller Religionen.[26]

Weiterführende Literatur

Marie-Claire Foblets/Katayoun Alidadi/Jørgen S. Nielsen/Zeynep Yanasmayan (Hrsg.): Belief, law and politics: What future for a secular Europe?, Farnham 2014.

François Foret: Religion and Politics in the European Union: The Secular Canopy, New York 2015.

François Foret (Hrsg.): Religion at the European Parliament and in European Multi-Level Governance, London 2015.

Katrin Hatzinger: Mehr als ein christliches Gegenüber: Zur Rolle der evangelischen Kirche auf europäischer Ebene, in: Roland Herpich/Patrick R. Schnabel/Andreas Goetze (Hrsg.): Religion. Macht. Politik. Wie viel Religion verträgt der Staat?, Berlin 2015, S. 208-226.

Karlheinz Konrad: Europäisches Religionsverfassungsrecht nach Lissabon – eine Herausforderung für das Staatskirchenrecht des Grundgesetzes, in: Daniela Heid/Rüdiger Stotz/Arsène Verny (Hrsg.): Festschrift für Manfred A. Dauses zum 70.Geburtstag, München 2014, S. 187-200.

Lucian N. Leustean: The Ecumenical Movement and the Making of the European Community, Oxford 2014.

Monica Lugato: National Policy towards Religious Associations within the Framework of European Law, in: Thomas Giegerich/Oskar Josef Gstrein/Sebastian Zeitzmann (Hrsg.): The EU between 'an Ever Closer Union' and Inalienable Policy Domains of Member States, Baden-Baden 2014, S. 441-465.

Sébastien Maillard: The Vatican's Outlook on Europe: From firm encouragement to exacting support, Notre Europe: Policy Paper 135/2015.

Lazaros Miliopoulos: Das Europaverständnis christlicher Kirchen im Zuge der Europäisierung: Ein Konvergenzprozess?, Paderborn 2015.

19 Hans-Christian Rößler: Offene Arme für die Einwanderer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.2.2015.

20 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Hollande und Merkel sichern Juden Schutz zu, 17.2.2015; Frankfurter Allgemeine Zeitung: Im Gespräch: Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der Europäischen Kommission: „Unsere Bürger wollen Sicherheit", 23.2.2015.

21 Hans-Christian Rößler: Exodus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.2.2015.

22 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Fünf Anschläge in Frankreich vereitelt, 24.4.2015. Die Verunsicherung durch die Anschläge auf religiöse Einrichtungen löste eine Diskussion über die Rolle der Religion in der französischen Gesellschaft aus. Siehe Claire Demesmay: Frankreichs Identitätskrise: Auf die Anschläge folgt die Debatte, DGAPkompakt 8/2015.

23 Kathpress: Staat und Kirchen in Luxemburg unterzeichnen Grundlagenvertrag, 26.1.2015; Erny Gillen: Neue Verhältnisse in Luxemburg − zwischen Staat und Religionsgemeinschaften, Berlin 2015.

24 Neue Zürcher Zeitung: Noch kein Konkordat Liechtensteins mit dem Vatikan, 27.12.2014.

25 Zekirija Sejdini: Das neue österreichische Islamgesetz: Europäische Prägung, in: Herder Korrespondenz 5/2015, S. 248-251; Christoph Grabenwarter/Barbara Gartner-Müller: Das österreichische Islamgesetz 2015 und seine rechtliche Genese, in: Kirche und Recht, 1/2015, S. 47-73.

26 Gerhard Robbers: Die Konvergenz der religionsrechtlichen Systeme in Europa, in: Praktische Theologie, 2/2014, S. 106-111.